



Linksextremismus in Sachsen

Die Autonomen



Vorwort

Brennende Fahrzeuge, eingeschlagene Scheiben, Angriffe auf Polizeibeamte, kurz: Gewalttätige Ausschreitungen im Zusammenhang mit verschiedenen Aktionsformen bringt die regelmäßige Berichterstattung assoziativ mit dem Begriff „Linksextremismus“ zusammen.

Dass diese Verbindung in dieser Pauschalität nicht zutrifft, verlangt nach Aufklärung, nach Begriffsklärung und Differenzierung.

Die vorliegende Broschüre ist aufgrund der Dynamik in der linksextremistischen Szene eine Aktualisierung. Wir beobachten eine Veränderung der Szene selbst: Es bilden sich klandestine Kleingruppen heraus, die eigene Tatserien begehen und sich vom Rest der Szene abspalten. Auf junge Menschen üben die häufig hochkonspirativ agierenden Gruppen eine besondere Attraktivität aus. „Geheim“ und „auserwählt“ tritt man für die vermeintlich „gute Sache“ ein und schiebt ein fragwürdiges Argument vor: Der Zweck heiligt die Mittel.

Diese Publikation beschreibt den Linksextremismus in Sachsen und bezieht sich dabei vorrangig auf die Gruppe der Autonomen. Gewaltbereite Linksextremisten verfolgen mit ihren Idealen aus einer Mischung anarchistischer Herrschaftsablehnung und revolutionärem Utopismus die partielle oder gar vollständige Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. „Revolutionäre Gewalt“ wird grundsätzlich als legitim erachtet. Dabei attackieren sie – geleitet von einem fest verankerten Feindbild – nach eigenen Maßstäben Andersdenkende. Zu diesem Feindbild zählen insbesondere der politische Gegner, staatliche Organe und ihre Vertreter.

In Sachsen befindet sich die Hochburg der Autonomen in Leipzig, das damit neben Berlin und Hamburg einer der drei bundesweiten Hotspots des gewaltorientierten Linksextremismus ist. Kleinere Szenen existieren in Dresden und Chemnitz. Im ländlichen Raum spielt das Thema Linksextremismus eine eher untergeordnete Rolle.

Inbesondere in Leipzig haben sich in den letzten Jahren Aktionsformen mit regelmäßig gewalttätigen Ausschreitungen entwickelt. Das öffentliche Aktions- und Mobilisierungspotenzial sowie die Gewaltbereitschaft – auch gegen Menschen – stieg besorgniserregend an.

Das Gefährliche daran: Linksextremisten besetzen Themen, die auch bei Nichtextremisten Anschluss finden, mitunter beteiligen sie sich an den Aktionen. Damit stoßen sie in der Mitte der Gesellschaft auf politische Akzeptanz, zumindest aber auf Sympathie.

Das Landesamt für Verfassungsschutz veröffentlicht die vorliegende Broschüre zum Thema Linksextremismus, um Begrifflichkeiten aufzuklären, Hintergründe aufzuzeigen und Abgrenzungen zu nicht-extremistischen linken Positionen zu verdeutlichen.

Nur informierte Bürgerinnen und Bürger können sich Feinden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung mit überzeugenden Argumenten entgegenstellen.

Dresden, im Dezember 2020

A handwritten signature in black ink, reading "Dirk-Martin Christian". The signature is written in a cursive style with a long, sweeping underline.

Dirk-Martin Christian
Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
1. Linkes Denken – Linksradikalismus – Linksextremismus	7
2. Linksextremismus in Sachsen – Überblick in Zahlen	11
3. Entstehung und Entwicklung der autonomen Szene in Sachsen.....	12
3.1 Entstehung.....	12
Autonome Antifa.....	13
Antiimperialisten und Antideutsche	13
Postautonome.....	14
Autonome Szene in Sachsen.....	14
3.2. Selbstverständnis und linksextremistische Ideologie	16
Gesellschaftsvorstellungen	16
3.3. Feindbilder und Fremdbilder	18
Gewaltverständnis.....	19
4. Themenfelder und Aktionsformen.....	20
4.1 Themenfelder.....	20
Antifaschismus	20
Antirassismus und Asyl	21
Antirepression.....	21
Anti-Gentrifizierung.....	21
Antikapitalismus.....	22
Umwelt und Klima	22

4.2.	Aktionsformen	23
	Demonstrationen	23
	Outing-Aktionen	23
	Klandestine Aktionen	24
4.3.	Kommunikation und Symbole	25
	Analog und Digital.....	25
	Symbole.....	25
5.	Fazit und Ausblick	29

1. Linkes Denken – Linksradikalismus – Linksextremismus

Wenn es um Linksextremismus im Freistaat Sachsen geht, müssen zuvor zwei grundsätzliche Fragen gestellt und beantwortet werden:

1. Sind die Begriffe radikal und extremistisch identisch?
2. Ist es zulässig, radikal zu sein?

Radikal und extremistisch sind zwei Begriffe, die zwar auf den ersten Blick identisch, inhaltlich dennoch grundverschieden sind. Als radikal bezeichnet man eine übertriebene oder maßlose Position. Solch eine Position bietet eine einseitige, bis an die Wurzel gehende Lösung bestimmter Probleme an, die aber immer noch im Rahmen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung bleibt und nicht auf deren Beseitigung hinausläuft. So sind beispielsweise Kapitalismuskritiker, die grundsätzliche Zweifel an der Struktur unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung äußern und diese verändern wollen, noch keine Extremisten. Radikale politische Auffassungen haben in einer demokratischen, pluralistischen Gesellschaft ihren legitimen Platz und bieten Raum für Diskussionen.

Das Ziel von Extremisten besteht hingegen darin, die Grundwerte der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu beseitigen.

Für die Arbeit des Verfassungsschutzes ist der Extremismusbegriff, wie er in den Verfassungsschutzgesetzen von Bund und Ländern festgelegt ist, bindend.

Aufgabe des Verfassungsschutzes ist es, Erkenntnisse über Bestrebungen zu sammeln, die darauf abzielen, die Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ganz oder teilweise beseitigen zu wollen. Diese sind:

- das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen sowie durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretungen in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen;

- die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung sowie die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht;
- das Mehrparteienprinzip sowie das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition;
- die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung;
- die Unabhängigkeit der Gerichte;
- der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
- die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte

ganz oder teilweise zu beseitigen. Solche Bestrebungen werden als extremistisch bewertet. Die Voraussetzung dafür, bestimmte politische Bestrebungen als extremistisch einzuschätzen, ist also immer eine Einzelfallentscheidung, inwieweit versucht wird, eine oder mehrere dieser Prinzipien abzuschaffen.

Wer beispielsweise dafür eintritt, dass nur eine Partei, etwa die Partei der Arbeiterklasse, regiert und keine andere Partei an die Macht kommen darf, wendet sich gegen das Mehrparteienprinzip und das Prinzip der Chancengleichheit für alle politischen Parteien.

Oder: Wer prinzipiell gesellschaftliche Hierarchien ablehnt, akzeptiert auch den im Grundgesetz festgeschriebenen staatlichen Aufbau der Gewaltenteilung, der Verantwortlichkeit der Regierung, der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung und der Unabhängigkeit der Gerichte nicht.

Anhand dieser Beispiele wird deutlich, was Linksextremismus ist:

Linksextremisten wollen Wirtschaft und Gesellschaft nicht nur umgestalten, sondern streben die Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung an.

Die Abschaffung des demokratischen Staatswesens ist somit der „kleinste gemeinsame Nenner“, der alle Linksextremisten eint. Jedoch weist der Linksextremismus viele Facetten hinsichtlich seiner angestrebten Gesellschaftsordnung auf.

Entsprechend ihrer politischen Ausrichtung streben Linksextremisten eine sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaft unter Führung einer Avantgardepartei oder eine herrschaftsfreie anarchistische Gesellschaft an. Damit treten sie entweder für eine Parteidiktatur ein oder für eine herrschafts- und gesetzlose Ordnung. Diese unterschiedlichen Spielarten des Linksextremismus sind auch in Sachsen vertreten.

So bekennen sich beispielsweise **orthodoxe linksextremistische Parteien und Organisationen wie die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) und die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschland (MLPD)** zu den Theorien von Marx, Engels, Lenin und Stalin, zur These vom Klassenkampf und zur Diktatur des Proletariats.

Ihr zentrales Ziel besteht darin, zunächst eine sozialistische Ordnung zu schaffen, um ausgehend von dieser eine „klassenlose“ kommunistische Idealgesellschaft zu errichten. Auf dem Weg über den „Klassenkampf“ und die „Diktatur des Proletariats“ soll schließlich das Ziel – eine kommunistische Gesellschaft – erreicht werden.

Orthodoxe Kommunisten halten die Anwendung von Gewalt in einer revolutionären Situation für legitim und unverzichtbar. Ihre Positionen sind **stark antipluralistisch**, da nach ihrer Anschauung ausschließlich die „führende Partei“ als „Avantgarde“ legitimiert ist, Gewalt auszuüben. Das verbindet orthodoxe Kommunisten mit dem Absolutheitsanspruch ihrer Ideologie. Für sie ist der Marxismus-Leninismus die einzig gültige wissenschaftliche und wahre Weltanschauung. Die Werte unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung, wie die Meinungsfreiheit und Chancengleichheit anderer politischer Parteien, wären demnach ausgehebelt.

Die „**Rote Hilfe**“ (RH) versteht sich seit den 1970er Jahren als eine „eigenständige Solidaritätsorganisation für die gesamte Linke“. Diese Organisation sichert linksextremistischen Straf- und Gewalttätern ausdrücklich politische und finanzielle Hilfe zu. Mit ihrer „Gefangenenarbeit“ soll jene Repression angeprangert werden, die inhaftierten Linksextremisten angeblich widerfährt. Aus propagandistischen Gründen werden jene zu „politischen Gefangenen“ stilisiert. Das Ziel dieser Propaganda besteht darin, den demokratischen Rechtsstaat als Diktatur erscheinen zu lassen und zu diskreditieren. Tatsächlich handelt es sich aber häufig um linksextremistische Gewalttäter oder – zumindest in der Vergangenheit – sogar um Linksterroristen. Insofern versucht die RH Täter in Opfer zu verwandeln. Unterstützung erhalten freilich nur diejenigen, die ihren Verbleib in der Szene bekräftigen und sich weigern, gegenüber Ermittlungsbehörden oder vor Gericht auszusagen. Das entspricht der szeneeigenen Devise „Anna und Arthur halten's Maul“.

Insofern ist eine solche „Gefangenenarbeit“ weit entfernt von einem tatsächlichen Engagement für Menschenrechte oder für die Durchführung rechtsstaatlicher Verfahren.

Trotzkistische Gruppierungen wie „**Revolution**“ (Revo) verfügen über zentralistische und hierarchische Strukturen, die von einer strengen Parteidisziplin geprägt sind. Das politische Ziel besteht in der revolutionären Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und dem Aufbau einer Räterepublik. In dieser wären wesentliche Elemente des demokratischen Rechtsstaates ausgehebelt. Da – nach trotzkistischer Auffassung – in einer Räterepublik alle Entscheidungen durch das Proletariat getroffen werden, läge die Souveränität nicht mehr beim gesamten Staatsvolk, sondern ausschließlich bei der Arbeiterschaft. Dadurch wären Pluralismus und Mehrparteiensystem beseitigt. Außerdem unterstehen die Exekutive, die Judikative und die Legislative den Räten. Die Räterepublik verletzt damit elementare Prinzipien der parlamentarischen Demokratie und der Gewaltenteilung.

Für die **anarchistischen Gruppen** ist der Begriff „Anarchie“ von zentraler Bedeutung. Dieser Begriff – abgeleitet vom griechischen „Anarchia“ – bedeutet Gesetz- oder Herrschaftslosigkeit. Er beschreibt den Zustand einer Ordnung, die durch das Fehlen autoritativer Institutionen oder Normen gekennzeichnet ist. Das Ziel anarchistischer Gruppen besteht in der Errichtung einer herrschaftsfreien Gesellschaft im Sinne einer Gesellschaftsordnung ohne Staat, Militär und Justiz.

Die Frage nach der Strategie und Taktik zur Umsetzung dieses Zieles wird im Anarchismus zwar unterschiedlich beantwortet. Aber: Allen anarchistischen Konzepten, ob militant oder gewaltfrei, ist Antiparlamentarismus gemeinsam. Die Eroberung der parlamentarischen Mehrheit ist für Anarchisten sinnlos, denn es geht ihnen nicht um die Erlangung der Macht, sondern um die Beseitigung des Staates.



Abbildung 1: Graffiti in Leipzig, 14.09.2018, Wikimedia Commons, © Reise Reise

Dieser weist einige spezielle Merkmale auf, durch die sich diese Gruppen vom „klassischen Anarchismus“ unterscheiden. Er zielt beispielsweise auf die Übernahme der Produktionsmittel durch Arbeiterassoziationen ab. Dies beinhaltet die Idee einer gewerkschaftlichen Berufsgenossenschaft, die eine Kollektivierung der Produktionsmittel anstrebt. Der Staat soll zerschlagen werden und an dessen Stelle eine Föderation der Syndikate (basisdemokratische Gewerkschaften) treten.

Dagegen beziehen sich **Autonome** – die Hauptakteure des gewaltbereiten linksextremistischen Spektrums – auf das griechische Wort „autonomos“, das so viel bedeutet wie: nach eigenen Gesetzen lebend.

Da die **autonome Szene** im Freistaat Sachsen nicht nur die zahlenmäßig stärkste, sondern auch die aktivste Erscheinungsart des Linksextremismus ist, wird diese den Hauptteil dieser Broschüre einnehmen und nachfolgend ausführlich beschrieben.

Der Anarchismus besitzt eine lange historische Tradition, deren Wurzeln bis in die frühe europäische Arbeiterbewegung zu Beginn des 19. Jahrhunderts zurückreichen. Im Laufe seiner Geschichte hat er eine Vielzahl von Strömungen hervorgebracht und verschiedene Facetten entwickelt, die bis in die Gegenwart hineinreichen.

Anarchistische Gruppen in Sachsen wie die „**Freie Arbeiterinnen und Arbeiterassoziation – Internationale Arbeiterinnen Assoziation**“ (FAU-IAA), vertreten Positionen des Anarchosyndikalismus, einer besonderen Spielart des Anarchismus.

2. Linksextremismus in Sachsen – Überblick in Zahlen

Das Bundesamt für Verfassungsschutz geht im Verfassungsschutzbericht 2019 von insgesamt 33.500 Linksextremisten in Deutschland aus. Davon werden 9.200 Personen als gewaltorientierte Linksextremisten eingestuft.

In Sachsen wurden 2019 circa 760 Personen als Linksextremisten erfasst. Davon gehören etwa 415 Personen der autonomen Szene an, die damit neben den Angehörigen linksextremistischer Parteien (ca. 140 Personen), Anarchisten und Troztkisten und sonstigen Linksextremisten (ca. 205 Personen) konstant die größte Gruppe innerhalb der linksextremistischen Szene darstellen.

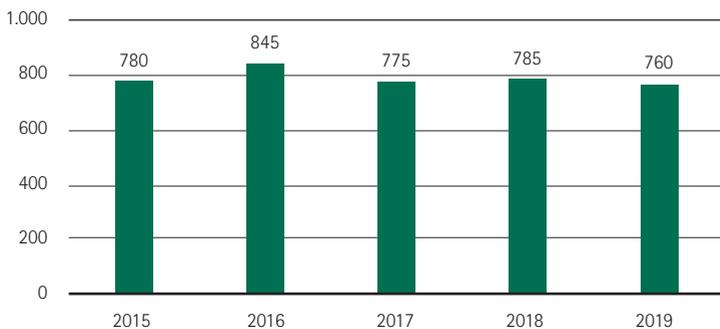


Abbildung 2: Linksextremisten in Sachsen 2015 bis 2019

3. Entstehung und Entwicklung der autonomen Szene in Sachsen

3.1 Entstehung

Das autonome Denken und Handeln der Gegenwart besitzt Wurzeln, die weit in die gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen des späten 18. und 19. Jahrhunderts zurückreichen. Europäische Aufklärung, bürgerliche Freiheitskämpfe, sozialistische Arbeiterbewegung und anarchistische Strömungen dieser Zeit bildeten den Rahmen für das Ringen um Freiheit und Gleichheit, an den in den 1960er Jahren auch die sozialrevolutionäre und antiautoritäre Studenten- und Bürgerrechtsbewegung in der Bundesrepublik Deutschland anknüpfte. Deren zunehmende Zersplitterung und der Dogmatismus vieler orthodox-kommunistischer Kleinstgruppen führten jedoch rasch dazu, dass politische Aktivisten nach anderen Formen selbstbestimmter Lebensgestaltung suchten.

Sie fanden sich so zum Beispiel in der Hausbesetzerszene oder bei den „Spontis“ wieder. Letztere betrachteten sich als undogmatische Nachfolger der Studentenproteste und erklärten die „Spontaneität der Massen“ zur revolutionären Triebkraft der Geschichte. Dies stand im Gegensatz zur marxistisch-leninistischen Auffassung, in der eine „Avantgarde“ der Arbeiterpartei die Führung der Arbeiterklasse auf dem Weg in die klassenlose Gesellschaft übernehmen müsse. „Selbstorganisation“ und „Unabhängigkeit“ waren weitere Schlagworte, die von der italienischen Bewegung „Autonomia Operaia“ (Arbeiterautonomie) der späten 1960er und 1970er Jahre geprägt worden waren.¹

Die städtische, westdeutsche Sponti-Szene übernahm Ideen der italienischen „Arbeiterautonomie“ und bezeichnete sich seit Anfang der 1980er Jahre zunehmend selbst als „autonom“. Sie lehnte feste zentralistische Organisationsformen ab und befürwortete Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele. Propagiert wurde die „Politik der ersten Person“: Im Kleinen sollte das aufgebaut werden, was auch für die Gesellschaft als gültig erachtet wurde. Bestand hatte dabei das Selbstverständnis, autonome politische Kämpfe zu führen, unabhängig von Gewerkschaften oder Parteien und ohne zentrale

¹ Fabrikarbeiter und Studenten kämpften bei Demonstrationen, wilden Streiks und Sabotageakten in norditalienischen Fabriken gegen die Fabrikarbeit und Disziplinierung der Arbeiterklasse. Dabei stellten sie sich mit militanten Aktionen nicht nur gegen die Arbeitgeber, sondern auch gegen etablierte Gewerkschaften und die kommunistische Partei Italiens, denen Anpassung und Verbürgerlichung vorgeworfen wurden.

Organisation und Führung. Autonome fanden sich daher in Bezugsgruppen zusammen, die nur lose Verbindungen in Bündnissen eingingen.

Im Gegensatz zur ausufernden Theoriearbeit sogenannter „K-Gruppen“ (kommunistisch-maoistische Kleingruppen), ließen sich ernsthafte inhaltliche Auseinandersetzungen mit Theoretikern des Anarchismus oder Kommunismus in der autonomen Szene kaum finden. Vielmehr traten sie mit oftmals gewalttätigen Aktionen auf, um sich „Freiräume“ (besetzte Häuser) zu erkämpfen, das staatliche Gewaltmonopol zu bekämpfen oder bestehende Konflikte (z. B. Anti-Atomkraft-Demonstrationen) zu eskalieren.

Autonome Antifa

Prägend für die 1990er Jahre war zum einen das Erstarken neonationalsozialistischer Kräfte nach der deutschen Wiedervereinigung und damit einhergehend der Versuch, antifaschistische Autonome („Antifa“) zur Bekämpfung des Rechtsextremismus bundesweit zu organisieren. Zum anderen bildeten sich „anti-deutsche“ Gruppen, die aus Furcht vor einem möglichen Wiedererstarken Deutschlands den Verzicht auf die Einheit des Landes und das Aufgehen des deutschen Volkes in einer multikulturellen Gesellschaft forderten. Auch im Freistaat Sachsen formierte sich nach 1990 eine autonome Szene. Diese orientierte ihre Aktionen zunächst an Themen wie der Stasi-Aufarbeitung und der „Kolonisierung durch das System der Bundesrepublik“. Seit etwa Mitte der 1990er Jahre glichen sich die Agitations- und Aktionsfelder der Autonomen in den neuen Bundesländern aber denen in den Altbundesländern an.

Antiimperialisten und Antideutsche

Mit dem Golfkrieg 1991, der Al-Aksa-Intifada der PLO 2000, dem Terroranschlag vom 9. September 2001 und dem Irakkrieg 2003 verstärkten sich Konflikte zwischen dem bisherigen (westdeutschen) Mainstream der „Antiimperialisten“ und den „Antideutschen“. Gestritten wurde vor allem über die Existenzberechtigung des Staates Israel. Antideutsche vertraten dabei das Argument, dass die Shoah als historische Schuld der Deutschen in einer unbedingten Solidarität mit dem Staat Israel und dementsprechend in einer Befürwortung der Nahost-Politik der USA münden müsse. „Antiimperialisten“ betonten hingegen ihre Solidarität mit dem Befreiungskampf der Palästinenser in Anlehnung an die Deutung der RAF. Sie lehnten die „imperialistische“ Politik Israels und damit auch der USA ab und erklärten Israel zu einem „imperialistisch-zionistischen Projekt“. Austragungsort für diesen Konflikt waren in der Vergangenheit auch die jährlichen Gegenproteste gegen den Aufmarsch von Rechtsextremisten zum 13. Februar in Dresden, zu denen antideutsche Autonome unter anderem mit der Parole „Nie wieder Deutschland“ mobilisierten.²

2 Rudolf van Hüllen: „Antiimperialistische“ und „antideutsche“ Strömungen im deutschen Linksextremismus, in: Dossier Linksextremismus, Bundeszentrale für politische Bildung, www.bpd.de (5.1.2015).

Postautonome

Prägend für die gegenwärtige Selbstwahrnehmung der autonomen Szene ist der „gelähmte“ Zustand linker Politik und Gesellschaftskritik angesichts wahrgenommener „multipler Krisen des Kapitalismus“ seit der Finanz- und Schuldenkrise 2008. Ernüchtert wird die eigene Unfähigkeit wahrgenommen, einem erstarkenden Rechtspopulismus linke Vorstellungen gemeinschaftlichen Zusammenlebens entgegenzuhalten. Der artikulierte Protest findet kaum Gehör jenseits der eigenen Szene. Postautonome Gruppen versuchen daher verstärkt, sich in schlagkräftigeren Bündnissen zu vereinen. Beispiele hierfür sind die bundesweiten Strukturen der „Interventionistischen Linken“ (IL) und des „...ums Ganze!“-Bündnisses. Mit „Prisma“ ist in Leipzig eine Ortsgruppe der Interventionistischen Linken vertreten, während die „Undogmatische Radikale Antifa Dresden“ sowie die Leipziger Gruppe „the future is unwritten“ dem „...ums Ganze!“-Bündnis angehören.

Derartige Bündnisse sollen eine kontinuierliche politische Arbeit ermöglichen und eine Scharnierfunktion zwischen der linksextremistischen Szene und bürgerlichen Kräften einnehmen. Mit „Prisma“ gibt es eine IL-Gruppe, die aktiv versucht, in verschiedenen sozialen Konflikten in der Stadt Leipzig als Akteur in lokalen Bündnissen und Kampagnen vertreten zu sein. Ziel ist es, sich nicht nur in Bündnissen zu engagieren, sondern eigene Ansichten zu den bestimmenden Positionen zu machen und Bündnispartner damit zu radikalisieren.

Allerdings ist die bündnispolitische Ausrichtung von „Prisma“ in Leipzig umstritten, da etliche Personen diese als „Anbiederung“ an den politischen Feind und die zu bekämpfenden staatlichen Strukturen verstehen. Sie fordern ein kompromissloseres und radikaleres Eintreten für die Überwindung von Kapitalismus und repräsentativer Demokratie.

Autonome Szene in Sachsen

Mit circa 250 Personen ist über die Hälfte der sächsischen Autonomen in Leipzig ansässig. Leipzig ist damit die Schwerpunktregion der autonomen Szene in Sachsen. Sie ist durch eine wachsende und zunehmend ausdifferenzierte Szene mit unterschiedlichen politischen Gruppen, Bündnissen und Kampagnen charakterisiert. Sie ist in Sachsen, in angrenzenden Bundesländern und in der gesamten Bundesrepublik vernetzt und betreibt Aufbauarbeit für die schwach ausgeprägten antifaschistischen Strukturen in den ländlichen Regionen Sachsens. Überregional besteht Austausch insbesondere mit Autonomen aus Sachsen-Anhalt, Thüringen, Hamburg und Berlin, die zu Demonstrationsereignissen nach Leipzig mobilisiert werden. Die autonome Szene profitiert dabei auch von dem Ruf Leipzigs als einer wachsenden Stadt, die als „besseres Berlin“ jungen Menschen immer noch genügend Freiräume zur Entfaltung bieten kann. Leipzig ist ein Brennpunkt linksextremistischer Gewalt in Sachsen.

Demgegenüber stagniert die Entwicklung des Personenpotenzials in Dresden bei etwa 70 Personen. Der autonomen Szene in Dresden fällt es sichtbar schwer, mit eigenen Veranstaltungen und Aktionen wirkungsvolle Akzente in der Öffentlichkeit zu setzen. Als autonome Gruppe agierte lediglich die „Undogmatische Radikale Antifa Dresden“ (URA Dresden) in der Öffentlichkeit. Damit erwies sich vor

allem die seit Jahren praktizierte Bündnispolitik mit nichtextremistischen Gruppen als feste Größe in Dresden.

In Chemnitz entwickelte sich mit qualitativem und quantitativem Abstand zu Leipzig und Dresden ein weiterer autonomer Aktionsschwerpunkt. Es bleibt dennoch eine kleine, weitgehend unstrukturierte Szene mit Einzelpersonen, die nicht in namentlich bekannten, festen Gruppenstrukturen handeln.

In allen anderen Regionen außerhalb der „autonomen Zentren“ Leipzig, Dresden und Chemnitz gibt es nur vereinzelt Linksextremisten. Diese schwach entwickelten autonomen Strukturen führen in den ländlichen Regionen sowie in den kleineren und mittleren Städten dazu, dass nur selten öffentlichkeitswirksame Aktionen durchgeführt werden.

Eine der wichtigsten Entwicklungen der vergangenen Jahre stellte daher der Versuch dar, eine neue Strategie für den Ausbau, die Präsenz und Vernetzung antifaschistischer Strukturen im ländlichen Raum zu entwickeln und mit Leben zu füllen. Unter dem Slogan „Antifa ist Landarbeit“ wurde die überregionale Vernetzung „Wasteland“ von linksextremistischen Gruppen aus Sachsen³ als Antwort auf rechtsextremistische Aktivitäten insbesondere in sächsischen Kleinstädten und ländlichen Regionen ins Leben gerufen. Für die Akteure von „Wasteland“ sind „Interventionen“ im „Hinterland“ die Voraussetzung für den Erhalt einer „emanzipatorischen Perspektive“ im ländlichen Raum.⁴



Abbildung 3: twitter, 161Crew/GNWP (@fckloknwp), 02.07.2017

Aktivitäten, die auf eine Umsetzung der Strategie schließen lassen, konzentrierten sich seit 2016 zunächst vor allem auf den westsächsischen Raum. So wurde in Plauen gegen die rechtsextremistische Partei „Der Dritte Weg“ demonstriert und es folgten überregionale Mobilisierungen zu Demonstrationen in Annaberg-Buchholz, Zwickau oder Plauen. 2018 und 2019 mobilisierten Leipziger und Dresdner Autonome erneut zu Protesten gegen den „Schweigemarsch für das Leben“ von Abtreibungsgegnern nach Annaberg-Buchholz. Bundesweit wurde vor dem Hintergrund zahlreicher asylkritischer

und asylfeindlicher Veranstaltungen in Sachsen für eine Beteiligung an antirassistischen Veranstaltungen 2015 in Heidenau, 2016 in Bautzen oder 2017 und 2018 in Wurzen geworben.⁵

Ein Achtungszeichen für die autonome Szene außerhalb der urbanen Zentren Leipzig und Dresden ist die seit 2016 jährliche Durchführung des antifaschistischen Jugendkongresses (JuKo) in Chemnitz.

3 Dazu zählen folgende Gruppen: „Antifa Klein-Paris“, „the future is unwritten“, „Undogmatische Radikale Antifa Dresden“.

4 Antifa Jugendkongress in Chemnitz, in: Antifaschistisches info Blatt, 13.10.2017, <https://www.antifainfoblatt.de> (Stand: 23.10.2017).

5 „Für alle, die Heidenau noch nicht kennen oder nach einem Jahr Sehnsucht haben, dieses Drecksnest mal wieder zu sehen, sei diese Strafexpedition in einen der deutschesten Orte Deutschlands dringend empfohlen!“, in: Antifa Infos Jena: Kein Vergeben, kein Vergessen – Antifademio in Heidenau am 21. August, archive.is/nzRrl (13.10.2017).

Die Veranstaltung kann als Teil der Strategie zur Stärkung und Vernetzung antifaschistischer Strukturen auf dem Land betrachtet werden. In die Organisation des Kongresses waren neben Nichtextremisten von Beginn an autonome Gruppen aus Leipzig und Dresden maßgeblich eingebunden. Aus Chemnitz waren nur einzelne Linksextremisten beteiligt.

3.2. Selbstverständnis und linksextremistische Ideologie

Die autonome Szene ist eine äußerst uneinheitliche Strömung innerhalb des Linksextremismus. Autonome gehören keiner Organisation mit klaren Strukturen an und unterscheiden sich deutlich von anderen Gruppierungen vor allem hinsichtlich ihres Selbstverständnisses, Weltbildes und Organisationsgrades. Zwar gibt es mit der erklärten Gegnerschaft zur Bundesrepublik Deutschland und dem freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat sowie einem grundsätzlichen Bekenntnis zu revolutionärer Gewalt Grundpositionen, die sie mit anderen linksextremistischen Strömungen teilen. Weltanschaulich-politisch verfolgen Autonome aber keine dogmatische Linie, sondern verstehen sich als Fundamentalopposition und Basisbewegung.

Die Suche nach einem die autonome Szene einigendem Selbstverständnis führt daher zunächst zu einer Aufzählung von Zuständen, die kategorisch abgelehnt werden. Dazu gehören:

- Kapitalismus
- Staat und Nation
- Rassismus
- Faschismus
- Militarismus
- Patriarchat und
- Sexismus.

Gesellschaftsvorstellungen

Im Gegensatz zu den abzulehnenden Zuständen sind Vorstellungen darüber, wofür Autonome kämpfen, weniger eindeutig. Postautonome Gruppen wie „Prisma“ formulieren, die Verteidigung der vielfältigen, offenen Gesellschaft, die Errichtung einer sozialen Infrastruktur für alle und einer postkapitalistischen wie herrschaftsfreien Gesellschaft seien die wesentlichen Ziele ihrer Arbeit. Man verfolge ein „emanzipatives Projekt“, das auf den Pfeilern der Gleichheit und Selbstbestimmtheit aller Menschen ruhe. Gesellschaftlich positiv besetzte Ziele wie etwa der Einsatz für sozial Schwächere oder gegen Diskriminierungen werden damit als Grundpfeiler eines „linken“ Selbstverständnisses vereinahmt.

Ungeklärt bleibt jedoch, wie die postkapitalistische Wirtschaftsordnung und die politische Willensbildung freier und selbstbestimmter Individuen konkret funktionieren sollen. Was tritt an die Stelle von „Staat“ und „Kapital“ als „organisierende und kontrollierende Kräfte“ der Gesellschaft? In unter-

schiedlicher Qualität und Intensität werden Bruchstücke anarchistischer oder marxistischer Theoriebildung bemüht, die nicht in einen szenübergreifenden Konsens münden. Insbesondere für marxistisch argumentierende Gruppen gilt darüber hinaus, die Entwicklung und das Scheitern des Staatssozialismus im 20. Jahrhundert einzuordnen und zu bewerten oder wie es die postautonome Leipziger Gruppe „the future is unwritten“ formuliert:

„Wer es mit dem Kommunismus ernst meint, muss die Kritik seines historischen Scheiterns in die eigenen Kämpfe miteinbeziehen!“⁶

Nach Ansicht von Personen aus der (post-)autonomen Szene mangle es der „radikalen Linken“ gegenwärtig vor allem an vermittelbaren und realistisch zu erreichenden Zukunftsvisionen. Über die eigene kleine Szene hinaus gelänge es nicht, Menschen für alternative oder revolutionäre Gesellschaftsentwürfe zu begeistern. Es fehle entweder an einer verständlichen Sprache, praxistauglichen Modellen oder ganz schlicht an Verständnis für die Situation der „Arbeiterklasse“.⁷

Einigkeit besteht darüber, dass die auszufeuchtenden Kämpfe außerhalb der etablierten politischen Strukturen stattfinden müssen. Im Gegensatz zu anderen linksextremistischen Gruppierungen – etwa orthodoxen Kommunisten – lehnen Autonome Parteien zur Organisation der politischen Willensbildung kategorisch ab. Im Zentrum stehen die Selbstbestimmung des Individuums und eine „widerständige“ Lebenshaltung zwischen Revolution, Solidarität und Selbstorganisation.

Ihrem Selbstverständnis entsprechend wenden sie sich gegen jegliche Form von Herrschaft, Organisation und Hierarchie. Demzufolge lehnen sie die gewaltenteiligen Verhältnisse ab, in denen eine demokratisch legitimierte Mehrheit kontrollierte Macht ausübt und Minderheitenrechte zu achten hat. Angestrebt wird die Abschaffung des bestehenden politischen Systems der repräsentativen Demokratie. Autonomen ist damit eine Organisationsfeindlichkeit zuzuschreiben, die zusätzlich durch ideologische Differenzen zu anderen linksextremistischen Strukturen bestärkt wird. Strukturell ist die autonome Szene deshalb oft stark zersplittert und in örtlichen Szenen und Kleingruppen organisiert.

⁶ "the future is unwritten" auf twitter (@abasletravail), 25.04.2017

⁷ Wer gegenwärtig zur „Arbeiterklasse“ zählt, ist ebenfalls nicht klar definiert. Häufig findet sich der Verweis auf „Lohnabhängige“: „These 1: Die Lohnabhängigen sind die Klasse, für die eine Überwindung des Lohn-Arbeits-Kapital-Verhältnisses (der kapitalistischen Produktionsweise) die meisten Vorteile bringen würde; aufgrund ihrer zahlenmäßigen Größe und ihrer Stellung im modernen Produktionsprozess ist sie zugleich die Klasse, die über die aussichtsreichsten Möglichkeiten verfügt, eine solche Überwindung durchzusetzen.“ Geschlechterverhältnis und revolutionäre Organisation, <https://linksunten.indymedia.org>, 10.05.2017.

3.3. Feindbilder und Fremdbilder

Die autonome Szene sammelt sich unter dem Dach einer ausgeprägten Ablehnung herrschender Zustände und definiert sich zugleich in starkem Maße über das Erkennen, Benennen und Bekämpfen von „Feinden“. Diese Einteilung der Welt in Freund und Feind lässt wenig Platz für selbstkritisches Hinterfragen eigener Ziele und Mittel. Trotz einiger Übereinstimmungen in der grundlegenden Funktionsweise von Feindbildern gibt es jedoch einen maßgeblichen Unterschied zur Gedankenwelt rechtsextremistischer Ideologien. Strikt abgelehnt wird die gezielte und systematische Abwertung von Menschen aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit, sozialen Stellung, ihres Geschlechtes oder etwaiger sexueller Präferenzen.

Grob vereinfacht werden vor allem abstrakte Feindbilder gezeichnet, die als strukturelle Probleme einer kapitalistischen Gesellschaft verstanden werden. Weniger abstrakt geraten aber auch Polizisten als „Handlanger“ einer „feindlichen Staatsmacht“ und „Nazis“ als politischer Gegner in den Fokus. Wer „Nazi“ ist, wird von der autonomen Szene bestimmt. Abhängig von der politischen Lage können unterschiedliche missliebige Meinungsäußerungen darunter eingeordnet werden. Gewalt gegen „Nazis“ und Polizisten wird als legitim gerechtfertigt, womit ihnen das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit abgesprochen wird.

Die dynamische Entwicklung von Feindbildern zeigte sich in Sachsen beispielhaft angesichts eines von der autonomen Szene beschriebenen „Rechtsrucks“ der Gesellschaft, der rechtsextremistische und rassistische Positionen in einem aus ihrer Sicht „ungeahnten Ausmaß“ gesellschaftsfähig gemacht hätte.⁸ Demnach fänden sich seit dem starken Anstieg der Flüchtlingszahlen im Jahr 2015 rassistische

und nationalistische Einstellungen nicht mehr allein bei den bekannten politischen Gegnern wie den Neonationalsozialisten. Sie zeigten sich auch bei PEGIDA und den jeweiligen lokalen Ablegern, bei konservativ-religiösen „Lebensrechtlern“ sowie letztlich bei allen demokratischen Parteien, die den Asylrechtsverschärfungen der letzten Jahre zugestimmt haben.



Abbildung 4: Demonstration gegen den AfD-Parteitag am 30.04.2016 in Stuttgart, © dpa, picture alliance

Die sogenannte Neue Rechte rückte daher verstärkt in den Fokus der autonomen Szene. In diesem Kontext wurde v. a. die Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) als „fa-

⁸ Das Rückgrat des Rechtsrucks. Eine Analyse der Agenda der AfD und einige Überlegungen zu antifaschistischen Gegenstrategien, in: 161. Antifaschistisches Infoheft München, 04.01.2017, <https://161mag.wordpress.com> (06.01.2017)

schistische“, „rassistische“ Partei und parlamentarischer Arm von PEGIDA wahrgenommen. In der Folge wurde der Kampf gegen die AfD insbesondere im Vorfeld von Wahlen zu einer vordringlichen Aufgabe erklärt, flankiert durch die bundesweite Kampagne „Nationalismus ist keine Alternative“ (NIKA).⁹ In Vorbereitung auf die Landtagswahl 2019 startete die autonome Szene im Mai 2018 eine militante Offensive gegen die AfD Sachsen unter dem Motto „loslegen – Fight AfD!“.¹⁰

Gewaltverständnis

Die Anwendung von Gewalt ist in Teilen der linksextremistischen Szene – vor allem bei den Autonomen – allgemein akzeptierter Grundkonsens. Für Autonome ist Gewaltausübung zur Durchsetzung politischer Ziele und als Symbolhandeln zentral. Gewaltbereitschaft ist ein identitätsstiftender und prägender Bestandteil der autonomen Szene. Straftaten werden in Strategiepapieren und Diskussionen gerechtfertigt. Durch ihre Gewaltgeneigtheit unterscheiden sich die Autonomen von anderen Linksextremisten.

Autonome sehen sich zum einen als Opfer von Gewalt sowohl von staatlicher Seite als auch von Seiten des politischen Gegners. Insofern halten sie ihre eigene Gewaltausübung für legitim. Zum anderen gibt es aus ihrer Sicht bestimmte politische Anliegen, die den Einsatz von Gewalt generell rechtfertigen. Prägend für die autonome Szene sind unterschiedliche Auffassungen über die Bestimmung der Ziele und die Angemessenheit der gewaltsamen Mittel, die in wiederkehrenden „Militanzdebatten“ sichtbar werden.

⁹ Die Kampagne NIKA wurde auf einem bundesweiten Antifa-Treffen im Januar 2016 in Frankfurt/Main gegründet und ist dem bundesweiten linksextremistischen Bündnis „...ums Ganze!“ zuzurechnen.

¹⁰ <https://loslegen.blackblogs.org/aufwurf/>

4. Themenfelder und Aktionsformen

4.1 Themenfelder

Entsprechend ihrem Selbstverständnis organisieren sich Autonome nur selten in festeren Strukturen. Vielmehr gruppieren sie sich ereignisabhängig um politische Themenfelder. Zu den wichtigen Themenfeldern für sächsische Autonome gehören derzeit:

- Antifaschismus,
- Antirassismus und Asyl,
- Antirepression,
- der Kampf um Freiräume und gegen „Gentrifizierung“,
- Antikapitalismus und die Suche nach einer postkapitalistischen Wirtschaftsordnung sowie
- Umwelt und Klima.

Welche der Aktionsfelder in der Öffentlichkeit thematisiert werden und inwieweit Autonome in der Lage sind, in diesen tätig zu werden, hängt von den politischen Rahmenbedingungen ab.

Antifaschismus

Von zentraler Bedeutung für die linksextremistische Szene ist der Kampf gegen alle vermeintlichen und tatsächlichen Erscheinungsformen von Rechtsextremismus aufgrund der Erfahrungen mit dem historischen Nationalsozialismus in Deutschland, mit der Mordserie des rechtsterroristischen NSU und mit den fremdenfeindlichen Übergriffen in den 1990er Jahren sowie in den Jahren 2015 und 2016.

Aus Sicht der linksextremistischen Szene habe in den vergangenen Jahren ein „Rechtsruck“ in der Gesellschaft stattgefunden, der rechtsextremistische und rassistische Positionen in einem „ungeahnten Ausmaß“ gesellschaftsfähig gemacht habe. Demnach fänden sich derartige Einstellungen nicht mehr allein bei den Neonationalsozialisten, sondern zeigten sich vor allem auch bei der Neuen Rechten.

Antirassismus und Asyl

Der von Autonomen verwendete Begriff „Antirassismus“ steht in engem inhaltlichen Zusammenhang mit dem Themenfeld „Antifaschismus“. Mit antirassistischen Positionen von Linksextremisten verbindet sich stets auch fundamentale Kritik am demokratischen Rechtsstaat und dessen Institutionen. Staatlichen Akteuren wird z. B. mit Blick auf die deutsche Asylpolitik, zu der auch Abschiebungen gehören, ein systemimmanenter „institutioneller Rassismus“ unterstellt. In diesem Zusammenhang wird auch der Polizei ein „struktureller Rassismus“ vorgeworfen. Dieser zeige sich demnach insbesondere bei diskriminierenden Personenkontrollen von Menschen, die von Polizisten als ethnisch „andersartig“ wahrgenommen werden („racial profiling“).

Sächsische Autonome beteiligen sich u. a. an Protestaktionen gegen Abschiebungen und organisieren Demonstrationen gegen asylpolitische Entscheidungen verschiedener politischer Instanzen.

Antirepression

Der „Kampf gegen staatliche Repression“ ist ein klassisches Aktionsfeld von Linksextremisten mit dem der demokratische Rechtsstaat delegitimiert werden soll. Dieser Kampf wird als ein gerechtfertigtes Mittel verstanden, um die angeblich herrschende „Gewalt des Systems“ aufzubrechen. Als Repressionsorgane werden alle Institutionen betrachtet, die der öffentlichen Sicherheit und Ordnung dienen und damit aus Sicht von Linksextremisten die Aufrechterhaltung des „herrschenden Systems“ sicherstellen.

Besondere Aufmerksamkeit erfuhr ab 2018 die Novellierung des sächsischen Polizeigesetzes. Aus Sicht von Linksextremisten werde damit der Weg in einen „autoritären Polizeistaat“ vorbereitet, der Grundrechte massiv einschränke. Linksextremisten beteiligten sich daher an Bündnissen und Demonstrationen zur Verhinderung des neuen Polizeigesetzes, welches im April 2019 beschlossen wurde. Ab Mitte 2019 richteten sich zahlreiche, mitunter konfrontativ und gewaltsam verlaufene Aktionen gegen vermeintliche Polizeigewalt und „staatliche Repression“.

Anti-Gentrifizierung

Seit einigen Jahren gehört der Kampf um „selbstbestimmte Freiräume“ und gegen soziale Verdrängungsprozesse in Städten zu den bestimmenden Themenfeldern der linksextremistischen Szene. In „Freiräumen“, wie etwa besetzten Häusern oder in Jugendzentren, die dem staatlichen Zugriff entzogen sind und „selbstverwaltet“ werden, wollen sie ihre Vorstellungen von einem „besseren“ Leben umsetzen. Dort wird die für die politische Arbeit unerlässliche Infrastruktur bereitgestellt und der Informationsaustausch innerhalb der Szene unterstützt. Solche „Freiräume“ stellen für sie einen ersten Schritt zur Etablierung der von ihnen angestrebten „herrschaftsfreien“ Gesellschaft dar. Insofern werten sie deren Einschränkung stets als einen Angriff gegen die Verwirklichung ihrer Zielsetzungen.

Linksextremisten beanspruchen eine Hegemonie in „ihrem Viertel“, welche häufig in einer Ausgrenzung von Personen mündet, deren Wertvorstellungen nicht mit ihren eigenen übereinstimmen. Auch

auf behördliche Maßnahmen, die sich gegen ihre „Freiräume“ richten, reagieren sie regelmäßig umgehend und aggressiv.

Seit 2019 besetzen Linksextremisten verstärkt das Themenfeld „Gentrifizierung“, um in der Öffentlichkeit zu agieren und sich politisch zu positionieren. Vor allem in Ballungsräumen und alternativ geprägten Vierteln nutzten sie dieses Thema, um die kritische Stimmung in Teilen der Bevölkerung (etwa gegen steigende Mieten oder sog. Luxussanierungen) für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Allerdings wurde deutlich, dass es den Akteuren nicht um den Erhalt sozial- und wohnräumlich gewachsener Strukturen ging, sondern um die Schaffung selbstverwalteter „autonomer Freiräume“.



Abbildung 5: Besetztes Objekt „Black Triangle“ in Leipzig
© picture alliance

Mit der Durchsuchung des seit Juni 2016 besetzten Objektes „Black Triangle“ in Leipzig und der Übergabe an den Eigentümer – die Deutsche Bahn AG – verlor die Szene im Januar 2019 ein „Leuchtturmprojekt“. Trotz interner Differenzen hatten sich große Teile der Szene mit der Besetzung solidarisiert, aus der heraus „der Kampf gegen Gentrifizierung und Faschisierung sowie für eine befreite Gesellschaft offensiv geführt wird.“

Antikapitalismus

Die Überwindung der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung stellt für Linksextremisten ein grundlegendes Ziel dar, das inhaltlich mit allen anderen Themenfeldern verknüpft werden kann. Die fundamentale Kritik am Kapitalismus ist für sich allein jedoch nicht extremistisch. Der zentrale Unterschied zwischen einer radikalen und einer extremistischen Auffassung besteht nicht in der Ablehnung eines Wirtschaftssystems, sondern im Streben nach einer revolutionären Überwindung des demokratischen Rechtsstaats, der mit seinen „Repressionsorganen“ als Garant kapitalistischer Eigentums- und Produktionsverhältnisse verstanden wird. Die Verknüpfung von kapitalistischem Wirtschaftssystem und politischer Ordnung beruht auf marxistischen Faschismustheorien. Demnach münde das Zusammenspiel von Finanzkapital und Staatsapparat in ökonomischen Krisen zwangsläufig im Faschismus, der als „radikalste Form bürgerlicher Klassenherrschaft“ definiert wird.

Umwelt und Klima

Das Thema Klima ist für Linksextremisten strategisch wichtig, weil es eine hohe Anschlussfähigkeit an das nichtextremistische Spektrum bietet. So instrumentalisieren Linksextremisten den Protest gegen die Nutzung der Braunkohle für ihre eigenen Zwecke. Sie wollen als Bündnispartner wahrgenommen werden, um über die Umweltproblematik ihre eigenen extremistischen Ziele – die Überwindung von „Kapitalismus und bürgerlichem Staat“ – einzubringen.

4.2. Aktionsformen

Demonstrationen

Autonome melden Demonstrationen an, um selbst ernannte „Feinde“ in Hör- und Sichtweite zu konfrontieren. Sie beteiligen sich anlassbezogen auch an Aktionen nichtextremistischer Bündnispartner. Als Grund hierfür geben Autonome an, dass die Szene allein keine wahrnehmbare gesellschaftliche Relevanz besitzt. Meist ordnen sie sich in diesen Aufzügen weitgehend dem friedlichen Demonstrationsverhalten zivilgesellschaftlicher Akteure unter. Für Demonstrationsbeteiligte und Beobachter ist es mitunter schwierig zu erkennen, ob Autonome teilnehmen und in welcher Form sie versuchen, inhaltlichen Einfluss zu nehmen. Kennzeichnend für autonome Positionen sind die Akzeptanz der Anwendung von Gewalt sowie der Einsatz für grundsätzliche Problemlösungen, die eine Überwindung des politischen Systems beinhalten.

Ob es im Rahmen angemeldeter Demonstrationen zu Ausschreitungen kommt und wie groß der Spielraum dafür ist, hängt einerseits vom Kräfteverhältnis, andererseits aber auch davon ab, ob sich das bürgerliche Spektrum von gewalttätigen Ausschreitungen distanziert oder solche toleriert. Demonstrierende Menschenmassen bieten autonomen Kleingruppen die Möglichkeit zur unauffälligen Bewegung im Demonstrationszug. Wenn sich günstige Gelegenheiten ergeben, lassen sich aus dem Demonstrationsgeschehen heraus Aktionen gegen den politischen Gegner oder die Polizei starten. Die Vielzahl an Menschen bietet anschließend eine Rückzugsmöglichkeit, um dem Zugriff von Polizisten zu entgehen. Damit können Demonstranten die „Deckungsmasse“ für autonome Aktionen bilden. Auch Demonstrationsaufrufe postautonomer Gruppen wie der IL, die für massenhaften zivilen Ungehorsam eintreten, schaffen oft eine unübersichtliche Lage für Sicherheitskräfte und können damit militanten Aktionen autonomer Kleingruppen den Boden bereiten.

Kritisch wird bei angemeldeten Demonstrationen zum Teil die notwendige Kooperation mit staatlichen Behörden betrachtet. Unangemeldete Spontandemonstrationen sind daher eine weitere Aktionsform, die eher dem Selbstverständnis der Autonomen entsprechen und teils auch mit gewalttätigen Ausschreitungen verbunden sind.

Outing-Aktionen

Hohe Akzeptanz in der Szene genießen sogenannte Outing-Aktionen. Damit soll der politische Gegner aus der Anonymität geholt und mit seinen Unterstützernetzwerken dem unmittelbaren Umfeld sowie einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht werden. Ziele sind die Diffamierung der Person(en) und die Schwächung von Strukturen des Gegners. Dafür werden in einem ersten Schritt Daten zur Herkunft, zu Freunden, Aktivitäten in den sozialen Netzwerken, Arbeitgebern, Freizeitbeschäftigungen, Privatfahrzeugen oder Bilder recherchiert. In einem zweiten Schritt folgt die Weitergabe der Daten zunächst innerhalb der Szene, anschließend in der Öffentlichkeit zum Beispiel auf Online-Portalen oder im Wohnumfeld des Outing-Opfers.

Mit „Outings“ wird die Grundlage für zielgerichtete Aktionen gegen die betroffenen Personen gelegt. Dabei werden Straftaten – auch Gewalttaten – zumindest billigend in Kauf genommen. Nicht allen Outings folgen zwangsläufig klandestine Aktionen.

Klandestine Aktionen

Autonome Militanz zeigt sich in Form gewalttätiger Proteste aus Demonstrationen heraus sowie in Form klandestiner Aktionen. Taktisch nutzen die Akteure bei dieser Aktionsform das Überraschungsmoment und die Anonymität. Dadurch wird für die Akteure das Risiko einer strafrechtlichen Verfolgung minimiert. Klandestine Aktionen sind mit einem hohen Sachschaden verbunden. Für Linksextremisten stellen sie deshalb eine geeignete Aktionsform dar, um dem politischen Gegner erheblich zu schaden. Täterklärungen zeigen ihre Absicht, auf diese Weise politische Aufmerksamkeit erreichen sowie politischen Einfluss ausüben zu können.

Klandestine Aktionen richteten sich vorrangig gegen den politischen Gegner, gegen den „Repressionsapparat“ sowie gegen Firmen, die mit der Sanierung von Wohnhäusern beauftragt sind. Feindbilder werden dabei sehr weit gefasst, was die breite Fächerung der Anschlagziele zeigt. Umfasst sind tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten. Ziele sind aber auch Vertreter und Institutionen des demokratischen Rechtsstaates wie Polizei, Gerichte, Justizvollzug sowie Einrichtungen politischer Parteien. Sie verkörpern für Autonome das staatliche Gewaltmonopol und gelten als Vertreter des ihnen verhassten Staates. Schwerpunkt linksextremistischer Straf- und Gewalttaten ist Leipzig.

Seit Mitte 2019 ist eine gestiegene Aggressivität bei der Begehung von Straftaten durch Teile der autonomen Szene Leipzigs festzustellen, die über das bisherige Ausmaß autonomer Gewalt in Leipzig hinausgeht. Maßgeblich für diese Einschätzung sind v. a. zwei mutmaßlich linksextremistisch motivierte Straftaten:

- Der Brandanschlag auf eine Baustelle der Firma „CG-Gruppe“ in Leipzig, bei dem u. a. tonnenschwere Autokräne brannten, verursachte am 3. Oktober 2019 Sachschäden in zweistelliger Millionenhöhe und gefährdete unbeteiligte Anwohner.
- Die körperliche Gewalt gegen eine Prokuristin der Immobilienfirma „Wassermühle Immobilien“ in ihrer Wohnung am 3. November 2019 richtete sich gegen die körperliche Unversehrtheit eines Menschen, anstelle der üblichen Sachbeschädigung am Besitztum einzelner Personen und Einrichtungen der Baustelle.

Damit wurde eine neue Eskalationsstufe linksextremistisch motivierter Gewalt erreicht. Diese Entwicklung kommt allerdings nicht überraschend, sondern zeichnete sich über mehrere Jahre hinweg ab. So konnte schon seit 2017 eine Verschiebung militanter Aktivitäten vom Gewalthandeln aus dem Demonstrationsgeschehen heraus (Massenmilitanz) zu klandestinen Aktionen von Kleingruppen beobachtet werden. Durch diese Aktionsform gelingt es Tätern regelmäßig, hohe Sachschäden zu verursachen und auf den politischen Gegner mit teils massiver Gewalt einzuwirken.

4.3. Kommunikation und Symbole

Analog und Digital

Innerhalb der autonomen Szene haben sich schon länger „alternative“ Informations- und Kommunikationskanäle etabliert, die vorrangig das eigene Weltbild spiegeln und Interessen bündeln. Analog und digital gibt es zahlreiche Verlage, Zeitschriften, Radiokanäle, Online-Portale, Blogs, Kanäle in den sozialen Netzwerken, Infoläden und Infoveranstaltungen.

Insbesondere die sozialen Netzwerke mit Twitter, Facebook, flickr oder Instagram werden genutzt und spielen beispielsweise für Aufrufe zu und zur Begleitung von Demonstrationen („Demoticker“) oder für das Outing von „Nazis“ eine bedeutende Rolle. Wichtig sind auch Terminkalender mit aktuellen Ankündigungen und Chroniken als virtuelles Gedächtnis der Szene. Auch klassische Webseiten oder Blogs werden weiter von autonomen Gruppen für die Veröffentlichung von Demonstrationsberichten oder Selbstverständnissen verwendet. Von regionaler Bedeutung sind u. a. Online-Plattformen wie „left-action.de“ oder „offenesantifatreffen.blogspot.eu“. Überregional wird vor allem die Seite „de.indymedia.org“ frequentiert. Der Blog „chronik.blackblogs.org“ listet zudem bundesweit Selbstbezeichnungsschreiben oder Presseartikel zu klandestinen Aktionen auf. Damit soll eine „offene Datenbank“ geschaffen werden, um die Verbreitung derartiger Aktionen zu befördern, Menschen zu „inspirieren“ und dem „Mangel an Wissen“ entgegenzuwirken.

Ein wichtiger Bestandteil szenointerner Kommunikation sind darüber hinaus Plakate, Sticker und Graffiti, die Demonstrationsaufrufe oder Szeneslogans verbreiten. Mit Stickern werden „eigene“ Viertel markiert oder „Nazi-Propaganda“ überklebt. Graffiti sollen den Anspruch auf „widerständige Kieze“ zeigen, die gerade nicht sauber und ordentlich und kein Ort für „Yuppies“ sind. Der Preis für Sanierungen von Häusern und damit die Gentrifizierung von Stadtteilen soll so möglichst in die Höhe getrieben werden. Ein gespraytes „Antifa-Area“ oder kürzer in Form des Anarcho-Zeichens sind visuelle Besetzungen des Raumes und Mittel des Protests.

Grundsätzlich sind ein ausgeprägtes Sicherheitsbewusstsein und ein hoher Sicherheitsstandard bei der Erzeugung, Weitergabe und Speicherung von Daten szenotypisch. Offene Kommunikationswege verlieren daher insbesondere bei der gruppeninternen oder vertraulichen Kommunikation an Bedeutung, die fast nur noch verschlüsselt über Messenger-Dienste und interne Mailinglisten oder durch mündliche Weitergabe stattfindet. Szeneinterne Weiterbildungen sollen dabei helfen, Datenspuren möglichst zu minimieren, um einen Zugriff des „Überwachungsstaates“ zu verhindern.

Symbole

So wie jede Subkultur oder Szene mit Symbolen arbeitet, um den Gruppenzusammenhalt nach innen zu stärken und sich gegenüber anderen abzugrenzen, nutzen auch Autonome bestimmte Zeichen, Gegenstände oder Wörter, die eine spezielle Bedeutung tragen. Viele dieser Symbole sind kurzlebig. An-

dere sind seit Jahrzehnten Erkennungszeichen und wieder andere werden bewusst aus bis dahin bekannten Zusammenhängen gerissen und mit neuen Bedeutungen besetzt, um sie zum Beispiel nicht mehr Rechtsextremisten zu überlassen.



Abbildung 6: Antifascistische Aktion, Wolfgang Sterneck 2012

Am häufigsten genutzt wird das Emblem der „Antifascistischen Aktion“. Dies ist ein Rückgriff auf die historische „Antifascistische Aktion“, welche am 10. Juli 1932 in der Berliner Philharmonie gegründet wurde. Ziel war damals die Gründung einer Einheitsfront gegen den Nationalsozialismus. Die roten Fahnen standen für die damaligen Parteien SPD und KPD und sollten deren solidarische Aktionseinheit verdeutlichen. Allerdings wurde das obige historische Symbol entsprechend den gegenwärtigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, dem Selbstverständnis der autonomen Szene und deren Zielstellung im Rahmen des „Antifaschismuskampfes“ geändert und angepasst. Das aktuelle Emblem, welches den „Antifaschismuskampf“ der autonomen Szene ausdrückt, war das Symbol der „Antifascistischen Aktion/Bundesweite Organisation“ (AA/BO), einer bundesweiten Vernetzung autonomer Gruppierungen, die von 1992 bis 2001 bestand. Dass eine der ursprünglich zwei roten Fahnen durch eine schwarze ersetzt wurde, erklärt sich aus den weltanschaulichen Grundpositionen der Autonomen, die Elemente des Anarchismus (schwarz) und des Kommunismus (rot) beinhalten.



Abbildung 7: Anarchie, ponte1112 2012

Das Anarcho-Zeichen ist das bekannteste Symbol des Anarchismus. Es wird auch von zahlreichen Autonomen verwendet. Das große „A“ in einem Kreis soll Pierre Joseph Proudhons Maxime „Anarchie ist Ordnung“ verdeutlichen. Proudhon (1809-1865) war ein französischer Anarchist, der eine Neuordnung der Gesellschaft ohne jegliche Staatsgewalt anstrebte. Die gesellschaftlichen Beziehungen sollten lediglich nach dem Prinzip der freiwilligen Gegenseitigkeit geregelt werden. Die Anarcho-Punk-Bewegung nutzte ab den 1980er Jahren dieses Symbol und verhalf ihm zu allgemeinem Bekanntheitsgrad. Der Kreis symbolisiert dabei auch Einigkeit. Insofern steht dieses Emblem für die identitätsstiftende Verbundenheit aller anarchistischen Gruppen, auch wenn diese unterschiedliche Positionen vertreten. Das Anarcho-Zeichen ist nicht verboten.



Abbildung 8: In den Mülleimer entsorgtes Hakenkreuz

Die Verwendung durchgestrichener oder in den Mülleimer entsorgter Hakenkreuze durch die Autonome Antifa führte bereits zu juristischen Auseinandersetzungen. Der Bundesgerichtshof entschied im Jahr 2007, dass die Verwendung fremdeter nationalsozialistischer Symbole bei „offenkundiger und eindeutiger“ Distanzierung zulässig ist.



Abbildung 9: Fünfsackiger schwarz-roter Stern

Das Selbstverständnis (post-)autonomer Gruppen basiert je nach Ausrichtung auf Bruchstücken marxistischer und anarchistischer Theoriebildung. Daher fanden auch traditionelle Symbole kommunistischer, sozialistischer oder sozialdemokratischer Parteien der Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts Eingang in die Zeichenwelt Autonomer. Der fünfzackige rote oder teils auch schwarzrote Stern soll dem Menschen den Weg in die klassenlose Gesellschaft weisen und wird als internationalistisches Symbol der Arbeiterbewegung gedeutet, bei dem die fünf Zacken des Sterns für fünf Kontinente stehen. Die vereinzelt zu sehende erhobene Faust des Arbeiters geht auf Grußgesten der Bolschewiki in den Jahren nach der russischen Oktoberrevolution zurück und symbolisiert die kämpferische Bereitschaft der Arbeiterklasse.



linksunten.indymedia.org

Abbildung 10: Symbol der verbotenen Online-Plattform „linksunten.indymedia.org“

Im Zusammenhang mit dem Themenfeld „Antirepression“ beziehen sich Autonome häufig auf das Verbot der Online-Plattform „linksunten.indymedia.org“ durch den Bundesinnenminister am 25. August 2017. Untersagt wurde dabei auch die Nutzung von Kennzeichen für die Dauer der Vollziehbarkeit des Verbotes. Das betrifft insbesondere die grafische Verwendung des prägenden Vereinsnamensbestandteils „linksunten“ im Schriftzug „linksunten.indymedia.org“ in roter Farbe kombiniert mit der Darstellung des Buchstabens „i“ von dem beidseitig Funkwellen symbolisierende Klammerzeichen abgehen.¹¹

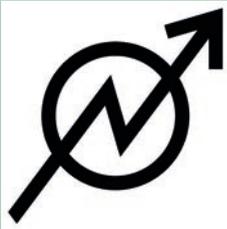


Abbildung 11: Symbol für besetzte Häuser

Symbolhaft für den Kampf um Freiräume steht das Zeichen für besetzte Häuser, das einen Kreis mit einem N-förmigen Blitz zeigt. Es soll auf die niederländische Hausbesetzerszene der 1970er Jahre zurückgehen. „N“ steht dabei für „neemt“, niederländisch für „genommen“ oder „besetzt“.

Zahlencodes

Die Bedeutung der Zahlenfolge „161“ ergibt sich aus der Stellung der Buchstaben im Alphabet. Übersetzt bedeutet es „AFA“ oder „Antifa Action“.

Ähnlich verbreitet ist die Ziffernfolge „1312“ für „All Cops are Bastards“.

Von den hier gezeigten Symbolen ist nur der rote Schriftzug „linksunten.indymedia.org“ in Kombination mit dem funkenden „i“ verboten.

¹¹ Bundesministerium des Innern: Fragen und Antworten zum Verbot gegen „linksunten.indymedia“, <https://www.bmi.bund.de> (30.11.2017)

Autonome bedienen sich weiterhin bestimmter Farben für ihre Botschaften. Schwarz markiert die Farbe der Autonomen. Da schwarz sich als unbunte Farbe nicht in die übliche Symbolik von Herrschaftssymbolen und Staatsflaggen einreicht, soll Herrschaft damit negiert werden. Rot gilt als traditionelle Farbe der revolutionären Arbeiterbewegung sowie von Kommunisten und Sozialisten. Die Kombination schwarz und rot findet sich in der Doppelfahne der Antifaschistischen Aktion, die auf die Symbolik kommunistischer und sozialistischer Gruppen in der Weimarer Republik zurückgeht. Adaptiert und modernisiert zeigen die schwarze und rote Flagge die vereinte Linke mit einem anarchistischen (schwarz) sowie einem kommunistischen und sozialistischen Flügel (rot). Lila findet im Zusammenhang mit (queer-)feministischen Themen als Farbe Verwendung.

Auf Demonstrationen und Kundgebungen werden immer wieder bestimmte Slogans oder Demosprüche gerufen, die szenetypisch und Kennzeichen einer eigenen Szenesprache sind, bspw. „Alerta, alerta, antifascista“ oder „Staat, Nation, Kapital? Scheiße!“.

Auch über die Kleidung werden bestimmte Szenecodes nach außen kommuniziert. So wird bei Demonstrationen häufig auf Vermummung und ein einheitlich schwarzes Outfit gesetzt, das möglichst keine Anhaltspunkte für eine Identifizierung durch die Polizei anhand auffälliger Farben oder Logos bietet. Der „schwarze Block“ entsteht so aus Menschen, die „Hassmasken“, Sonnenbrillen, schwarze Regenjacken oder Kapuzenpullover, Hosen und Turnschuhe tragen. In den letzten Jahren waren verstärkt auch schwarze oder bemalte Regenschirme zu sehen. Dieses Auftreten kann als Symbol für Entschlossenheit, Aktionsbereitschaft und Stärke verstanden werden.

Das einheitliche Auftreten und Agieren bedeutet aber nicht, dass es sich um einen geschlossenen oder homogenen Personenzusammenschluss mit klaren Hierarchien und Aufgabenverteilungen handelt. Anlassbezogen schließen sich unterschiedliche Bezugsgruppen auf Basis von Kennverhältnissen und Aktionsabsprachen zusammen. Ihr dezentrales Agieren versetzt sie jederzeit in die Lage, rasch auf Veränderungen zu reagieren, etwa sich aus dem Block heraus zu verstreuen, ohne auf Anweisungen einer etwaigen Leitungsebene warten zu müssen. Häufig genutzt wird mittlerweile die Taktik des schnellen Wechsels von schwarzer zu bunter Kleidung, um unerkannt zwischen dem gewaltbereiten schwarzen Block und dem friedlichen Protest hin und her wechseln zu können. Wechselkleidung zu diesem Zweck wird in Rucksäcken oder Stoffbeuteln bereitgehalten. Das Wechseln der Kleidung erfolgt im Schutz der anderen Demonstrationsteilnehmer bzw. hinter Transparenten. Für Außenstehende oder Teilnehmer ist damit eine Beurteilung, ob und in welcher Stärke ein „Schwarzer Block“ anwesend war, deutlich erschwert.

5. Fazit und Ausblick

Autonome stellten in den vergangenen Jahren die stärkste Strömung innerhalb des Linksextremismus in Sachsen dar und werden es perspektivisch auch bleiben. Die autonome Szene hat sich in den Zentren Leipzig und Dresden fest etabliert, während es in den ländlichen Regionen und Kleinstädten kaum noch aktive Strukturen gibt. Insbesondere in Leipzig verfügt die Szene über notwendige Voraussetzungen und ein breites Unterstützerumfeld, um weiter wachsen zu können. So gründeten sich auch neue Strukturen, die sich vielfältig in temporären Kampagnen und lokalen, regionalen wie nationalen Bündnissen miteinander vernetzten. Akteure des gewaltbereiten Kleingruppenspektrums, der politischen Gruppen im postautonomen Spektrum und des Unterstützerumfeldes arbeiteten in verschiedenen Kontexten zusammen und ergänzten sich bisweilen arbeitsteilig.

Postautonome Gruppen wie „Prisma“ verstehen sich als Sammelbecken für eine radikale Linke, die durch eine „offene und breite Bündnispolitik“ ihre Positionen in „immer wieder neuen Allianzen“ vermitteln will. Ein gemäßigtetes Auftreten ist dabei von Vorteil, wenn man Akteure in der Grauzone des Linksradikalismus gewinnen und organisieren möchte. Antifa-Recherche-Teams konzentrieren sich hingegen auf das Sammeln von Informationen über den Gegner. Das abgeschottete und kampfsport-erprobte Milieu der „militanten Kleingruppen“ wird bei klandestinen Aktionen oder in der direkten Konfrontation mit dem Gegner aktiv.

In den vergangenen Jahren zeigte sich die Szene anpassungs- und reaktionsfähig. Sie antwortete mit neuen Strategien und Taktiken auf gesellschaftliche und politische Veränderungen und besonders postautonome Gruppen bauten belastbare Brücken zur Zivilgesellschaft. Der Kampf gegen Rechtsextremisten verschaffte der autonomen Antifa einige Sympathien. Ebenso war der Einsatz postautonomer Gruppen gegen den Klimawandel oder gegen soziale Verdrängungsprozesse in Großstädten anschlussfähig für nichtextremistische Personen und Gruppen. Diese Bündnisstrategie insbesondere der Leipziger autonomen Szene verfolgt das Ziel, den Verlauf öffentlicher Aktionen zu bestimmen, inhaltliche Debatten zu dominieren und Bündnispartner zu radikalisieren. Sie nutzten damit Konflikte und Debatten, um sie für ihre eigenen Ziele – die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie und der freiheitlichen demokratischen Grundordnung – zu instrumentalisieren.

Durchaus scharfsichtig analysierten Autonome jedoch, dass es ihnen bislang nicht gelungen ist, ihre Ziele einer breiteren Bevölkerung zu vermitteln. Autonome Vorstellungen einer herrschaftsfreien, „anarchistischen“ Gesellschaft oder einer sozialistischen bzw. kommunistischen Gesellschaft blieben in Sachsen daher trotz aller Aktionen und „Interventionen“ quantitativ marginal.

Herausgeber:

Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen,
Stabsstelle

Gesamtherstellung:

Initial Werbung Et Verlag

Titelbild:

picture alliance/R. Goldmann

Redaktionsschluss:

Dezember 2020

Diese Druckschrift kann kostenfrei bezogen werden beim:

Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen

Neuländer Straße 60, 01129 Dresden

Telefon: 0351 85850 | Telefax: 0351 8585500

E-Mail: verfassungsschutz@lfv.smi.sachsen.de

www.verfassungsschutz.sachsen.de

Verteilerhinweis

Diese Informationsschrift wird von der Sächsischen Staatsregierung im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung.

Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinarbeit des Herausgebers zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist. Erlaubt ist jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

Copyright

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten.

